

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Preis für Abnehmer: 20 C 011.

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. Februar 1926 ein täglich erscheinendes Heft zu 1,50 Mark.  
Einzelnummer 10 Pfennig.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., überhalb 20 Pf., für 90 mm breite Zeilen 150 Pf., überhalb 200 Pf., Überschriften 10 Pf., Ausw. Aufnahme gegen Bezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Merkelstraße 38/42.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutscher Quotenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Innozenten-Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Mäter** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

## Deutschlands Anmeldeung in Genf beschlossen.

### Einmütigkeit im Kabinett. — Stresemanns Erwiderung an Mussolini am Dienstag.

### Der Reichstag über den Konflikt mit der Reichsbahn. — Marg über die Strafrechtsreform. — Neuer Vorschlag Rußlands an die Schweiz.

#### Die entscheidende Kabinettsitzung.

Berlin, 8. Febr. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung die Abfassung einer Note einstimmig beschlossen, durch welche der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angemeldet wird. Die Note wird alsbald nach der Uebersetzung in Genf veröffentlicht werden. Das Reichskabinett soll sich in seiner heutigen Sitzung außer mit dem Aufnahmegeruch Deutschlands in den Völkerbund auch mit der Rede Mussolinis beschäftigt haben. Ueber die für die Entscheidung der Reichsregierung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entscheidenden Gesichtspunkte wird von zutreffender Seite bemerkt: Erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird das Vertragswerk von Locarno zur Wirklichkeit und damit gemäß dem Beschluß einer großen Reichstagsmehrheit für die Friedenskräfte in Europa ein fester Boden geschaffen. Deutschland kann nur auf solcher Grundlage seine eigenen Kräfte entfalten und zur Geltung bringen. Hierbei ist von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland sofort einen klaren Standpunkt erhält.

Die Verwirklichung der dadurch für Deutschland erhofften Vorteile politischen Wirkens kann nicht nach dem Maßstabe der bisherigen Betätigung des Völkerbundes erfolgen, die zu vielfachen berechtigten Beschwerden Deutschlands Anlaß gegeben hat.

Wenn auch angesichts der politischen Gesamtlage nicht zu bezweifeln wäre, als illusionistische Hoffnungen über das zu hegen, was Deutschland erreichen kann, so wird doch Deutschland künftig bei all den großen Angelegenheiten, für die der Völkerbund zuständig ist, um mindestens mit beraten und mit abstimmen. Bei zahlreichen Entscheidungen des Völkerbundsrat aber wird Deutschlands Stimme darüber hinaus von entscheidender Bedeutung sein, da nach der Meinung des Reichskabinetts, soweit nicht in besonderen einzelnen Fällen anderes vorgeesehen ist, der Völkerbundsrat einstimmig zu beschließen hat.

Was den Inhalt der Arbeit im Völkerbund betrifft, so steht bei allen politischen Spannungen erster Art den Bundesmitgliedern das Recht zu, eine Beratung im Völkerbund herbeizuführen, und auf diese Weise ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dadurch wird Deutschland die Wiederbeteiligung an den großen politischen Entscheidungen gesichert. Im Völkerbund kann ferner die Nachprüfung unannehmbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse veranlaßt werden, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährdet. Auch für die allgemeine Abrüstung, die eines der wichtigsten Ziele des Völkerbundes ist, kann Deutschland als Mitglied nachdrücklich eintreten. Neben diesen allgemeinen Aufgaben hat der Völkerbund eine Reihe von Sonderaufgaben übernommen, die gerade für Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung sind. Dazu gehört zunächst die Verwaltung des Saargebietes und der Schutz Danzigs, zwei Fragen, deren befriedigende Behandlung ohne deutsche Mitwirkung nicht denkbar ist. Es kommt hinzu die Frage der Kolonialmandate, an denen beteiligt zu werden das deutsche Volk seinen berechtigten Anspruch erhebt. Endlich ist besonders auf

#### das Problem der Minderheiten

hingewiesen, deren Schutz dem Völkerbunde anvertraut ist. Angesichts der großen Zahl von deutschen Stammesangehörigen, die in fremden Staatsverbänden leben, hat Deutschland die Pflicht, sich an der Gestaltung des Schicksals der Minderheiten nach seiner Kraft aktiv zu beteiligen. Deutschland muß in seiner bedrängten Lage in erster Linie nie nachträglich die Frage prüfen, ob ihm kein Eintritt konkrete Vorteile bietet, von denen es eine Besserung seiner Lage erhoffen kann. Diese Frage kann nach dem Stadium, das in der politischen Entwicklung jetzt erreicht ist, nicht mehr verneint werden. Nachdem die gleichberechtigte Stellung Deutschlands im Völkerbund gesichert und seiner besonderen Lage für Konfliktsfälle Rechnung getragen ist, wird die Gefahr infolge unersetzlicher Mängel an äußeren Machtmitteln, reines Objekt der Politik der anderen zu werden, durch die Zugehörigkeit zum Bunde und die Beteiligung an seinen Entscheidungen keinesfalls vergrößert, sondern sicherlich verringert. Selbstverständlich kann niemand erwarten, daß der Eintritt in den Völkerbund einen plötzlichen Umschwung der Dinge herbeiführen könnte. (WZB.)

#### Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 8. Febr. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für morgen mittags 12 Uhr einberufen worden. Er wird sich mit der Vorbereitung für die Mussolini-Debatte beschäftigen.

Berlin, 8. Febr. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Erwiderung Dr. Stresemanns auf die Rede Mussolinis enthält man sich hier zunächst jeder amtlichen Äußerung darüber. Man darf aber annehmen, daß die Antwort Stresemanns nicht den Ton, den Mussolini angedeutet hat, aufnehmen, sondern bei aller Entschiedenheit des deutschen Standpunktes ruhig und sachlich sein wird. Mussolini geht, wie man in maßgebenden

den Kreisen meint, von mehreren falschen Voraussetzungen aus, durch die das ganze Problem verkommen wird. Für Deutschland ist Südtirol kein politisches Problem. Kein verständiger Mensch denkt in Deutschland daran, die Grenze nach Süden zu verschieben, um Südtirol von Italien loszulösen. Unserem Eintreten für die Stammesgenossen in Südtirol liegen ausschließlich kulturelle Motive an der Hand, die sich aus der Stammesgemeinschaft und Blutsverwandtschaft ergeben.

Eine andere Verschiebung ergibt sich daraus, daß Mussolini die Verhältnisse in Deutschland nach denen im faschistischen Italien beurteilt. Bei uns hat die Regierung nicht die Macht über die Presse wie in Italien. Die deutsche Reichsregierung kann nichts anderes tun als vor Verbreitung unrichtiger Nachrichten und Ueberschreibungen warnen, hat aber kein Mittel, solche zu verhindern. Die Rede des bairischen Ministerpräsidenten Heß, die Mussolini offenbar zu seiner Rede veranlaßt hat, ist nicht als eine Kennerrede des offiziellen Deutschlands zu bewerten. Die deutsche Außenpolitik ist Sache des Reiches, des deutschen Auswärtigen Amtes, nicht aber der Länder. Die Kennerreden Heßs sind daher — dies ist der amtliche deutsche Standpunkt — nicht anders zu beurteilen, wie die eines Privatmannes, für die die Reichsregierung ebensowenig eine Verantwortung übernehmen kann, wie für Äußerungen der Presse. Wenn Mussolini das Verbrechen feststellt, die deutsche Bevölkerung Südtirols ihrer Sprache und Kultur zu berauben und gänzlich zu italianisieren, so hat er dabei offensichtlich nicht den Umstand genügend in Rechnung gestellt, daß Italien selbst einen großen Teil seiner Bevölkerung außer Landes hat, der von den Wirkungen einer solchen Politik nachteilig betroffen werden könnte. Uebrigens hat er sich damit auch in Widerspruch zu früheren italienischen Erklärungen gesetzt, wonach der Brenner nur die strategische Grenze sein sollte, nicht aber die kulturelle. Die deutsche Regierung hat sich bisher die Pflege guter Beziehungen zu Italien angelegen sein lassen. Es ist ihr seitdem wird, die bestehenden „Mißverständnisse“ aufzuklären und die erwachsenen Differenzen zu beseitigen, muß abgewartet werden.

Alle Parteien sind sich darüber einig, daß der Vorstoß Mussolinis gegen Deutschland aus Gründen der Politik in Südtirol die schärfste Abwehr erfordert. Nach den Verträgen von Trianon und St. Germain, die Deutschland im Artikel 443 des Vertrages von Versailles ausdrücklich anerkannt hat, gibt es allerdings für die Deutschen in Italien kein Minderheitenrecht, da der Schutz der Minderheiten nur einseitig für die Italiener in Oesterreich und Ungarn festgelegt ist.

#### Eine Interpellation der Regierungsparteien.

Berlin, 8. Februar. Die Regierungsparteien des Reichstages haben folgende Interpellation von Guérard (Centr.), Dr. Scholz (D. Vp.), Koch-Weser (Dem.), Lang (N. Vp.) eingebracht: In der Parlamentsdebatte vom 6. d. M. hat der italienische Ministerpräsident unter Bezugnahme auf die Lage in Südtirol Ausführungen gemacht, die das Verhältnis des Deutschen Reiches gegenüber Italien betreffen. Wir fragen an:

- 1. Ist der Reichsregierung der amtliche Wortlaut dieser Ausführungen bekannt?
- 2. Ist die Reichsregierung in der Lage, dem Reichstag über ihre Stellungnahme zu dieser Ausführung Auskunft zu erteilen?

#### Baldwin demontiert.

London, 8. Febr. Auf eine Anfrage Kennworths demontierte Ministerpräsident Baldwin heute im Unterhause die Nachrichten, daß politische Abmachungen zwischen England und Italien aus Anlaß der Schuldenregelung als Nebenabkommen getroffen worden seien.

#### Unangenehmer Eindruck der Mussolini-Rede in Washington.

Newyork, 8. Febr. In Washingtoner politischen Kreisen wird die Rede Mussolinis lebhaft besprochen. Regierungskreise erklären, die Rede des italienischen Ministerpräsidenten habe die amerikanische Opposition gegen die Ratifizierung des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommens, das Zeitpunkt für diese Rede sei sehr unglücklich gewählt, denn die Opposition werde dafür sorgen, daß nunmehr auf Italien ein härterer Druck ausgeübt werde, wenn das Schuldenabkommen dem Senat zur Ratifizierung vorgelegt werde. Die Sympathien, die Mussolini durch seine Rede verloren habe, werden dem entworfenen Deutschland zuschlagen.

#### Die Schweizer Presse zur Mussolini-Rede.

Basel, 8. Febr. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zu den Erklärungen Mussolinis über Südtirol: Nur einer Hyperrophie des Nationalismus konnte in Italien, das früher selbst Auswüchse einer fremdsprachlichen Herrschaft am eigenen Leibe erdulden mußte, zu einem solchen Vorgehen gegen die Südtiroler Bevölkerung liegen. Die Formulierung der Antwort Mussolinis bedeutet eine verärgerte brutale Entschiedenheit des faschistischen Weltzustandes, daß die letzten Zweifel über die italienischen Absichten in Südtirol schwinden. An das Versprechen seiner Vorgänger, den Südtirolern die kulturelle Autonomie zu gewähren, hat sich das faschistische Regime in keiner Weise gehalten.

#### Ein Garant von Locarno!

Garanten des Friedens, wie er angeblich in Locarno stabilisiert sein sollte, und erklärte Mäler des „Geistes von Locarno“ sind England und Italien. Und am Vorabend des entscheidenden Schrittes zum Inkrafttreten dieser Verträge, am Vorabend der folgenschweren deutschen Entscheidung über das Aufnahmegeruch an den Völkerbund macht sich der eine der beiden Garantien im gleichen Atemzuge mit seinem Spott über die deutschen Touristen im Wandervogelaufzuge über den „Locarno-Gelk“ lustig, weist Mussolini mit kriegerischer Gebärde über den Brenner und hält eine Rede, die, um mit dem „Daily Express“ zu sprechen, in der Brutalität des Tones und ihren schweren Drohungen selbst dann ungerechtfertigt gewesen wäre, wenn Italien vollkommen im Rechte und Deutschland vollkommen im Unrecht gewesen wäre. Wir sind an Hey-, Karm- und Frahlreden des Größenwahnsinnigen Duce reichlich gewöhnt, um nicht jedes seiner Worte auf die Goldwaage zu legen. Wenn er aber diesmal ausdrücklich erklärt, daß seine Rede „als genaue politische und diplomatische Bedingung betrachtet werden müsse“, so haben wir kein Recht, in dieser Rede lediglich eine unverkämte Bagellosigkeit rednerischen Temperaments und nur die empörende Bräufierung eines Staates zu sehen, von dem er keinen machtvollen Widerstand erwarten kann. Das deutsche Ohrgefühl bäumt sich auf gegen den schneidenden Dohn, mit dem Mussolini das deutsche Südtirol als ethnographische Kellauie bezeichnet, obwohl das Denkmal Wallfers von der Vogelweide von einem tausendjährigen deutschen Kulturkaffen zeugt, bäumt sich auf dagegen, als „Wilde“ verpöppet zu werden und die deutschen Touristen anpöppeln zu lassen. Wir wären kein Volk, irgendwelcher Artung würdig, wenn wir uns schweigend derartig mit Füßen treten ließen, wenn wir jemals ein italienisches „Recht“ kläglich anerkennen würden, das deutsche Südtirol italienisch zu machen. Und der „Temps“ wird sich irren, wenn er triumphierend in das Horn Mussolinis bläst und verkündet, daß „nur harte Worte und ein hart entschlossenes Auftreten Deutschlands zur (Entente-) Vernunft zurückzuführen und an die Realität der Dinge erinnern können“. Würdig und bestimmt muß die deutsche Zurückweisung dieser Flut von Verunglimpungen, Schmähungen und Drohungen sein. Und daß dies geschieht, kann man in diesem Falle um so mehr hoffen, als wir gerade gegenüber den Uebergriffen Italiens eine geschlossene deutsche Front haben. Die Gründe dafür fallen nicht ins Gewicht. Was es im höchsten Maße bedeutungsvoll bleibt, daß sich die gesamte Linie nur bedingungslos energisch für Südtirol ins Zeug legt, weil der Kampf dem italienischen Faschismus gilt, daß sie die gleiche Energie gegen sogenannte Demokratien in Böhmen, Polen, Elsaß-Lothringen nicht aufbringt. Im Kampf um Südtirol haben wir jedenfalls die Einheitsfront, und selbst die Erbpäpster „realpolitische Verhandlungspolitik“ werden um so weniger Anlaß haben, ins Rouletloch zu kriechen, als die Rede Mussolinis nicht nur einen Wutausbruch gegen Deutschland, sondern den Ausdruck einer diplomatischen Neuorientierung Italiens bedeutet, an der auch weitgehende Rücksichtlosigkeit und die völlige Preisgabe eines deutschen Volkstammes nichts ändern können.

Drei Jahre lang hat die faschistische Regierung eine sehr gemächliche Politik gegenüber Deutschland verfolgt, verkündet Mussolini und ehört der „Temps“, der noch bis Mitte Januar sehr hart gegen Mussolini zu Felde gezogen ist. Aber Italiens „gemächliche“ Politik gegenüber Deutschland war nicht Selbstverleugung der Diplomatie Mussolinis, sondern eine natürliche Folge der Tatsache, daß der Faschismus seit Beginn seiner Herrschaft der größte Störenfried der Front der Alliierten gewesen ist. Die traditionelle italienische Politik des laudenden und Vorteils einheimenden Dritten war das Geheimnis der Erfolge Mussolinis. Er benutzte die Franzosen durch sein Eintreten für die Italiener in Tunis und durch seine Annäherung an Spanien. England gegenüber betonte er das italienische Recht auf Malta, auf Kolonien und Seegeleiten. Beide zusammen brachte er auf durch die Störung des Geschäfts in Tanger. Dazu kam ein listiges Augenwinkeln, wenn das italienisch-russische Verhältnis angefaßt wurde. Und noch jedesmal mußte er für gelegentliche Freundschaftsdienste materielle Vorteile einzubekommen. Daraus entsprang notwendig eine abwartende Haltung gegenüber Deutschland. Heute sind die vielen Streitigkeiten mit der Entente einer auffälligen Betonung der gemeinschaftlichen Interessen in der englischen, französischen und italienischen Presse gewichen. Und wenn man sich klar macht, daß das italienisch-englische Schuldenabkommen in der Praxis die völlige Streichung von annähernd sechs Siebenteln der italienischen Schuld bedeutet, wenn man weiter erfährt, daß Italien von England die Zustimmung erhalten hat, im Falle einer kriegerischen Austragung des englisch-türkischen Konflikt ein ausgedehntes Rüstestrich in Kleinasien zu befehlen, so zeichnet sich das englisch-italienische Geschäft greif-

dar ab. Es bedarf dabei gar nicht mehr der tatsächlichen Ver- sicherung englischer Blätter, daß die englisch-italienische Zu- sammenarbeit im Mittelmeergebiet gesichert sei. Diefes Ein- schwenken auf die politische Seite Englands bedingt auch ein Ausgeben der Zusammenarbeit Italiens mit Rußland, mit dem die Türkei verbündet ist.

Die eigentliche deutschfeindliche Note aber erhielt die italie- nische Politik erst durch die Entwicklung auf dem Balkan und ihre Rückwirkungen auf die österreichisch-deutsche Anschlußfrage. Italien war einst fast ein Freund des österreichischen An- schlusses, um eine gemeinsame Grenze mit Deutschland zu er- halten. Es ist heute ein erbitterter Feind des Anschluß- gedankens und hat sich dabei in bemerkenswerter Weise mit Jugoslawien und der Tschecho-Slowakei gefolgt. In der slowenischen Zeitschrift „Glas“ hat kürzlich ein Führer der slowenischen Volkspartei die gefährlichen Pläne der drei Vän- der ausgedeutet. Sie geben in ihren Ermahnungen dahin, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland eine gemeinsame deutsch- ungarische Grenze und damit einen deutsch-ungarischen Reil schaffen würde, der die slowenischen Vasallenstaaten Frankreichs endgültig trennen und in einem Streben zur Adria auch Italien gefährden müßte. Das soll auf jeden Fall verhindert werden. Da man aber von der Lebensunfähigkeit des Rumphi- schen Dekretes überzeugt ist, gebe es keine andere Möglich- keit, als die Aufstellung Österreichs, bei der Deutschland Vorarlberg, einen Teil von Tirol, Salzburg und Oberösterreich erhalten, das andere Gebiet aber zwischen Italien, Südtirol und der Tschecho-Slowakei aufzuteilen werden solle. Das sind lächerliche Pläne, für einen Mussolini aber zweifellos nicht zu läch- len. Und sie sind nur zu geeignet, einmal die plötzliche Wendung in Frankreich nach Italien hin, andererseits den falschlischen Kriegsruf „Leber den Brenner!“ zu erklären, da bei einem Welingen dieser Pläne die italienische Grenze weit nach Norden vorzuschieben würde. Nimmt man die Feststellung des „Gior- nale d'Italia“ und des „Popolo d'Italia“ hinzu, daß die Rad- klungen an England und Amerika nach ihrer starken Verab- sichtigung völlig durch Italiens Anteil an den Dawes-Zahlungen gedeckt seien und daß jetzt nur dafür gesorgt werden müsse, daß die besiegten Nationen sich nicht von ihren Verpflichtungen drücken, so rundet sich das Bild des italienischen Stellung- swechsels.

Mussolini ist nach einer dreijährigen Geschäftspolitik der Suche nach dem größten Vorteil völlig in die Front der All- lerten eingedrückt. Das ist über die empörenden antideutschen Großmäntelheiten hinaus die tiefere politische Bedeutung der Kriegserklärung Mussolinis. Aber die Front der Alllerten, in die Italien eingedrückt ist, ist nicht die Front von

Vocarno, nicht die Front der Verständigung. Mussolini, der Garant von Vocarno, hat diese Front vielmehr aufgegeben im Gegenzug zu Vocarno. Er hat, wie das „Svensta Dagblad“ sehr treffend hervorhebt, die Rechnung mit der Wädlichkeit einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit aufgegeben, seitdem Deutschland sich in Vocarno gebunden hat; und das ist die Lage, die sich für uns aus der Rede Mussolinis ergibt. Wir werden sie nicht weithern mit der Beschwörung des „Geistes von Vocarno“, den Mussolini verpöit. Wir werden den ge- fnebelten Volksgenossen in Südtirol auch nicht helfen können, wenn wir versuchen, im Völkerbund für sie unsere kraftlose Stimme zu erheben. Es war der Völkerbundrat, der auf seiner letzten Tagung im Dezember durch Chamberlain die einseitige Erklärung abgegeben ließ: „Es sei nicht die Absicht der Minderheitenverträge gewesen, innerhalb der Staaten der Bevölkerungsgemeinschaft zu erhalten, die sich dem Gesamt- körper des Staates gegenüber fremd fühlte. Sie sollen viel- mehr die notwendigen Voraussetzungen für eine langsam an- zureichende nationale Einheit schaffen.“ Mussolini sagt nur dasselbe, wenn er erklärt, daß er die Italienisierung unbedei- tet folgen werde. Und wenn der falschlische „Terror“ höhnisch verstanden, daß sich die Tür am Brenner wohl öffnen könne, um gewisse Leute hindanzuwirken, aber nie, um die hohen Kommissionen des Völkerbundes hineinzulassen, so ist das Kennzeichen für den Wert des Völkerbundes. Die würdige Antwort, die das deutsche Volk der Herausforderung Musso- linis geben muß, kann nur liegen in dem entschlossenen Weit- len eines Landes, dessen Führer uns mit Schmähungen über- deckt, und vor allen Dingen in der konsequenten Ablehnung falschlischer Einführungen. Keine päpliche Drohung mit ver- vielfältigten Repressalien kann uns an der Wirksamkeit irre machen. Wir brauchen nur daran zu denken, daß Deutschland das einzige größere Land ist, mit dem die Handelsbilanz eine energische und eindringliche Zurückweisung der empörenden Schmähungen eine Ehrenpflicht. Keine noch so anerkennens- wertige Erwiderung wird uns aber über die niederdrückende Tatsache hinwegtäuschen können, daß wir die Tür zum Völk- bunde in einem Augenblick aufmachen wollen, in dem Musso- lini sich mit seinem Wegweiser nach Norden außerhalb der Bundesverpflichtung der Anerkennung der Grenzen der übrigen Nachbarstaaten stellt, in dem der Völkerbund selbst durch seine Ablehnung des Eintretens für die Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen tritt, und daß wir die Vocarno-Politik auf dem Grabe aufpflanzen, in das der Sa- rant von Vocarno den „Geist von Vocarno“ gelegt hat.

### Das Echo der Berliner Presse.

Berlin, 8. Februar. Die Drohrede Mussolinis findet in den heutigen Blättern recht und links bestige Ablehnung. In der Erklärung Mussolinis, daß Italien seine Pläne auf dem Brenner nicht nur nicht ablehne, sondern vielmehr auf dem Brenner hinausdrängen würde, schreibt auf der einen Seite das „V.L.“, daß Mussolini in unverantwortlicher Weise das italienische Nationalgefühl so zu schonen, wie Herr Musso- lini das deutsche zu verletzen beabsichtigt, wollen wir uns auf die Bemerkung beschränken, daß die Deidensprache des Diktators gegenüber einem Volke, das er entwarfnet weih, wohl nie- mand imponiert.

Die „Börsliche Zeitung“ stellt fest, daß die Rede Mussolinis Klarheit, daß die wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens augenblicklich von Italien aus erfolgt. Somit sei Mussolinis Auftreten nicht mehr nur eine Sache Deutschlands, sondern eine Angelegenheit von ganz Europa.

Der „Vorwärts“ allerdings beugt sich, weil es sich um eine nationale Angelegenheit handelt, mit ein paar nicht- lügenden Worten und meint, daß zu besonderer Aufregung über die Rede Mussolinis kein Grund vorliegt. (1)

Auf der rechten Seite der „Berliner Lokal- Anzeiger“ zu der Mussolini-Rede: Die Dinge liegen so einfach. Die südtiroler deutschen 200 000 Menschen sollen mit allen Mitteln, gesetzlichen und ungesetzlichen, vertrieben werden. Dagegen lehnt sich das Empfinden des deutschen Volkes auf, und da es weiß, daß Italien im vorigen Jahre von 180 000 deutschen Touristen besucht worden ist, und weiß, daß dieser Touristenstrom einen volkswirtschaftlichen Faktor für Italien darstellt, ist ganz von selbst der Gedanke aufgetaucht, nicht mehr nach Italien zu gehen, solange jede Drangsalierung unserer deutschen Brüder in Südtirol andauert. Wir haben das kommen sehen. Wir haben die Ent- wicklung immer wieder beobachtet, weil wir glauben, daß das deutsche und das italienische Volk große gemeinsame Inter- essen haben, die einfach vernachlässigt werden müssen, so lange eine solche Brutalität gegen Deutsche andauert, wie sie von Italien betrieben wird.

Auch die „Germania“ stellt fest, daß Mussolini in Tönen spreche, wie man sie von einem verantwortlichen Staatsmanne bisher nicht gehört habe. Mussolini könne ge- wärtig sein, daß seine Rede mit Schärfe und mit dem Ab- wehrwillen aufgenommen werde, der sich vehement unfreund- lichen Staatshandlungen gegenüber abgeben sei, und daß auch die- jenigen in der Einheitsfront des Widerstandes ständen, die seine frühere Deutschland zuträgliche Politik anerkannt hätten.

### Mussolinis überspanntes Machbewußtsein.

Die angeblichen Motive der großen Drohrede. Berlin, 8. Febr. Interessante Mitteilungen über Mussolini und die Beweggründe zu seiner Drohrede, die die ganze Welt in Erstaunen versetzte, werden in Berlin aus Kreisen der ausländischen Diplomaten gemacht. Danach steht man nicht an, die Rede Mussolinis mit den Worten „poli- tischer Wahnsinn“ zu bezeichnen. Der krankhafte Aus- stand Mussolinis sei in kein Geheimnis, am allerwenigsten in Rom, wo man über die Anfänge des Diktators allgemein unterrichtet sei; der letzte dieser Anfänge hat sich während der Hochzeit der italienischen Prinzessin mit dem belgischen Prinzen angezeigt, wo Mussolini während der Fester bewußlos aus dem Saale getragen werden mußte.

Was die politischen Beweggründe zu dieser Rede angeht, so ist man der Meinung, daß Mussolini um so härtere Worte gebraucht, je schwächer seine Position in Italien im Wirklichkeit ist. Das Gewaltregime, das die falschlische Partei in Italien führt und dem sich das italienische Volk anscheinend widerspruchslos fügt, habe vielfach außerhalb Italiens zu dem irigen Schluß geführt, daß Mussolini und der falsch- lismus wirklich stark seien und vom Volkswillen getragen würden. Dem sei aber entgegenzuhalten, daß man die öffentliche Meinung Italiens gar nicht kenne, daß es diese öffentliche Meinung Italiens nicht mehr gebe, da die nicht- falschlische Presse vollkommen mundtot gemacht ist. Wenn die Opposition, die gegen Mussolini rebe, nicht ener- gischer auftritt, obwohl sie auf starke Sympathien im italie- nischen Heere rechnen könne, so sei der Grund dafür in real- politischen Überlegungen zu suchen. Der falschlismus wäre augenblicklich nur mit Gewalt vom Staatsrunder zu entfernen. Diese Gewaltanwendung würde aber den Bürgerkrieg bedeuten, und den wolle man um so lieber vermeiden, als man befürchte, daß bei einem solchen Kampfe nur der Kom- munisten der lachende und vielleicht auch siegende Dritte sein würde. In den nichtfalschlischen Kreisen Roms und Italiens sei man allgemein überzeugt, daß über kurz oder lang der falschlismus, der sich nur durch Terror aufrechterhält, zusammenbrechen werde. (2)

Diese Erklärung steht ganz so aus, als wäre sie vom Diktator eingegeben, es möchte so sein. Bei ruhiger Prüfung der italienischen Verhältnisse kommt man aber doch immer wieder zu dem Schluß, daß der falschlismus sehr im italie- nischen Volke verankert ist, und daß Mussolini im Vertrauen auf seinen festen Rückhalt die Macht, die ihm so in die Hände gegeben ist, überspannt.

### Der Völkerbund wacht auf?

Genf, 8. Febr. Das dem Völkerbundsekretariat nahe stehende „Journal de Geneve“ bringt heute einen Leitartikel aus der Feder William Martins, der sich energisch gegen die Neuherungen Mussolinis über Südtirol wendet. Martin weist auf die Verpflichtungen hin, die die italienische Regierung im Verträge von St. Germain über- nommen habe. Die Politik, die Mussolini jetzt als Italienisierung Südtirols bezeichne, wäre aber diejenige, die die italie- nische Regierung sich verpflichtet hätte, nicht zu betreiben. Der Völkerbund könne von sich aus in der Tiroler Frage nicht intervenieren, doch gebe der § 11 der Satzungen den Völk- erbundmitgliedern die Möglichkeit, in der Tiroler Frage den Völkerbund anzurufen. Wenn die Reichsregierung, durch ihre öffentliche Meinung veranlaßt, in Genf die Tiroler Frage ansprechen würde, so würde diese nicht nur einen Konflikt zwischen Deutschland und Italien, sondern auch eine ernste Gefahr für den Völkerbund bedeuten. Wenn Mussolini davon träume, wie er sage, die Trifolore über den Brenner hinaus zu tragen, so könne diese Gefahr jedenfalls nicht vermieden werden.

### Erkrankung des Ernährungsministers.

Berlin, 8. Febr. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Dabblinge ist neuerdings an den Folgen einer verschleppten Grippe nicht unerheblich erkrankt und muß auf dringenden Anraten seiner Ärzte einen Erholungs- urlaub antreten, der ihn voraussichtlich auf einige Wochen dem Dienste fernhalten wird.

### Holzmann in Brüssel verhaftet.

(Durch Kurier.) Brüssel, 8. Febr. Die „Alta. Ztg.“ meldet aus Brüssel: Der aus dem Prozeß gegen Bartel bekannte Rufe Holz- mann wurde heute abend verhaftet. Der Auslieferungsa- ntrag dürfte baldigst gestellt werden. (W.T.B.)

Berlin, 8. Febr. Im Prozeß Holzmann-Bartel wurde heute der Kriminalbetriebsassistent Nothe wegen passiver Bestechung unter Berücksichtigung mildernder Um- stände zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Ferner wurde ihm die Fähigkeit, öffentliche Kempter zu bekleiden, für die Dauer von drei Jahren ab- gesprochen.

## Die Reichsbahnverhältnisse vor dem Reichstage.

### Stresemann will über Südtirol sprechen.

(Wachsmeldung unter Berliner Schrittelung.) Berlin, 8. Febr. In der heutigen Reichstagsitzung er- griff noch vor Eintritt in die Tagesordnung Reichsaußen- minister Dr. Stresemann das Wort und verwies darauf, daß in der Sonnabendtagung der italienischen Kammer Musso- lini Ausführungen gemacht habe, die das Verhältnis Italiens zu Deutschland betreffen. Die Reichsregierung hat, so erklärte Dr. Stresemann, den dringenden Wunsch, zu diesen Ausführungen so bald wie möglich Stellung zu nehmen. Sie wäre dem Hause dankbar, wenn die deutschnationale Interpellation über die Vorgänge in Südtirol auf die Tages- ordnung der morgigen Dienstagssitzung gesetzt würde. Diese Worte des Reichsaußenministers wurden vom ganzen Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Präsident Pöbe stellt unter allgemeiner Zustimmung fest, daß das Haus dem Wunsche der Reichsregierung nachkommen wird. Zur Verhandlung fand dann der Ausschußbericht über die Rechtsverhältnisse der Reichsbahn.

Der Ausschuß legt eine Entschließung vor, in der die der- zeitige Sozialpolitik der Reichsbahn gemißbilligt wird, weil die im Reichstage abgegebenen Erklärungen und Zu- sicherungen nicht eingehalten worden seien. Die Reichs- regierung wird erucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Rücküberführung von fahrbaren Beamten in das Arbeiterverhältnis endgültig aufhöre. Der weitere Mas- sen- abbau von Beamten und Arbeitern müsse eingestrichelt und Personalvertreter müßten in den Verwaltungsrat gerufen werden. Anträge aller Parteien fordern die Reichsregierung auf, für die Wahrung der Rechte der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn Sorge zu tragen.

Verichtshatter Abg. Groß (Z.) führte aus, die Frage der Rechtsverhältnisse der Eisenbahnbeamten bedürfe der Klärung, insbesondere die Frage, ob durch die Kündigung der Be- amten die wohl erworbenen Rechte, die durch die Reichs- verfassung garantiert sind, verletzt worden sind. Nach § 24 des Reichsbahngesetzes fann die Reichsbahngesellschaft Beamte aus Dienstposten von geringerer Bewertung versetzen, wenn das dienstliche Bedürfnis es erfordert. Der Beamte fann in den einschwelligen Ruhezand mit Wartegeld versetzt werden. Im Ausschuß war man einmütig der Ansicht, daß diese Bestim- mungen nicht angewendet werden dürfen. Der Ausschuß hat die Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft gebilligt.

Abg. Steinboyl (Zog.): Die Reichsbahn hat allerdings durch den Dawes-Plan besondere Vorken bekommen, aber die innere Entwicklung hat damit nichts zu tun. Der General- direktor der Reichsbahn hat sich gegen die Behauptung ge- wehrt, daß die Urheber des § 24 des Reichsbahngesetzes nicht in den Londoner Verhandlungen, sondern hier in Berlin zu finden seien. Wir brauchen eine Aufklärung darüber, wie dieser Paragraph aufandebkommen ist. Das Reichsbeamten- gesetz ist nicht gemacht worden. Das Berufsbeamtenum ist auch bei den Betriebsverwaltungen nicht zu entbehren. Die Reichsbahn muß sich den allgemeinen Interessen unterordnen.

### Reichsverkehrsminister Dr. Krohne:

Wir stehen einer sehr unangenehmen Situation gegenüber. Es ist ersichtlich, daß, nachdem die Reichsbahngesellschaft erst ein Jahr in ihrer heutigen Form gearbeitet hat, jetzt niemand mehr im Hause, außerhalb und in der Presse etwas für die Reichsbahn übrig hat, sondern daß ein Sturm der Entrüstung gegen die ganze Reichsbahn sich ausgelöst hat. Wir müssen aber doch objektiv nach den Gründen suchen, die diese Situation herbeigeführt haben. Ich bitte, daran zu denken, daß dieses Unternehmen, welches aus der deutschen Wirtschaft ausgelöst ist, und in eine Sonderstellung gebracht worden ist, eine so große Zahl von Beamten, Angestellten und Arbeitern in sich birgt, wie kein anderes Unternehmen, und daß es andererseits in der unangenehmen Lage war, um die deutsche Arbeiterkraft und Angestelltenkraft vor der Erwerbslosigkeit zu bewahren und ferner, daß diesem Unternehmen die große Reparationslast auferlegt worden ist, eine Wirkung auf die quantitative Gestaltung der Arbeitermenge und An- gestelltenmenge haben muß. Das muß man ausprechen, um objektiv zu sein. Allerdings haben sich gewisse Unponderabilitäten eingestellt, die diese schwierige Situation noch verschärft haben.

Nach habe den Eindruck, daß man bei der Deutschen Reichsbahn vielleicht nicht der steigenden Not oder der sinkenden Wohlhabenheit Rechnung getragen hat, und daß in der Reichsbahn gewisse höhere Formen verfallener Art vorhanden sind, die nicht recht mit der Lage des deutschen Volkes in Einklang stehen, die aber wirtschaftlich und finanziell keine Rolle in dem arden Reichsbahnkörper spielen.

Sodann ist daran zu denken, daß die Herren in der Leitung der Reichsbahnverwaltung nach der Neuregelung nicht mehr als verantwortliche Beamte dem Reichstage gegenüberstehen, sondern dem Verwaltungsrat, und daß nach dem Dawes- Gesetz und dem Reichsbahngesetz die Reichsbahngesellschaft

nicht mehr Staatsbetrieb ist, sondern in eine selbständige Form übergeführt ist. Ich kann mir vorstellen, daß diese Herren bei den Verhandlungen dem Auslande gegenüber eine schwierige Stellung gehabt haben, denn das Ausland hat einen ganz anderen Begriff von den Eisenbahnen. Die aus- ländlichen Gesellschaften haben keine historische Verankerung, aber ich möchte erwähnen, daß doch bei den Verhand- lungen einige Dinge herausgeholt worden sind, die dem Eigentums der Reichsbahn dienen. Der Heberana des Eisenbaus an den Eisenbahnen auf die Gesellschaft ist durch unsere Unterhändler verhindert worden, und auch die Be- stimmung über etwaigen Verkauf oder Verpachtung der Reichsbahn ist aus dem Dawes-Plan herausgedrückt worden. Die Beamtenangelegenheit sollte bei der Reichsbahn überhaupt verschwinden, alle sollten Anstellung werden. Das ist auch verhindert worden. Wir müssen das allergrößte Ge- wicht darauf legen, irgendwelche Maßnahmen, die Beamten- eigenchaft der Reichsbahnbeamten zu beseitigen, zu ver- hindern. Wir wissen nicht, wann wir wieder in den Besitz der Reichsbahn kommen werden.

### Wir müssen daher unter allen Umständen einen Kern der Beamtenerschaft erhalten.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man trotz des Ver- fahrens immer und immer wieder versuchen sollte, die Schärfe nach Möglichkeit zu mildern. Es ist doch auch schon möglich geworden, in einigen Punkten etwas zu erreichen.

Abg. Dr. Koch, Düsseldorf, erklärte, seitdem die Reichs- bahn unabhängig geworden, seien die Angriffe gegen ihre Personalpolitik und insbesondere gegen ihre Personalpolitik nicht verurteilt. Es bedeute heute immerhin schon einen Fort- schritt, wenn man von der Reichsbahn-Direktion Erklä- rungen zu hören bekommt. Der Politik der Reichsbahn in Bezug auf die Personalangelegenheiten stimme nicht mit den ursprünglichen Richtlinien überein. Der Personalabbau ist heute noch nicht beendet. Die Rücküberführung von Be- amten in das Arbeiterverhältnis erzeugt mit Recht den Wider- stand der Beamtenerschaft. Das bedeute eine Verletzung der wohlverordneten Rechte der Beamten. Wohl muß die Reichs- bahn Sparmaßnahmen waken lassen, aber die Art und Weise des Personalabbaues fordert Bedenken heraus. Wird die Be- triebsfähigkeit nicht durch den Abbau gefährdet? Der kaufmännische Geist besteht nicht nur in Zahlenschematismus, auch nicht in heute vielfach geliebter Rücksichtslosigkeit, sondern darin, etwas Maßvolles, nicht Unmäßliches in Angriff zu nehmen. Es sollen noch 10 000 Personen abgebaut werden, wenn die Verwaltung das auch befreitet. Im besetzten Ge- biete wird eine solche Abbaumaßnahme besonders schwer empfunden.

Abg. Groß (Z.) erklärte, daß es beinahe den Anschein habe, als ob die Mitglieder der Reichsbahndirektionverwaltung die Vertreter der fremden Nationen, anstatt der eigenen seien. Minister Deier habe versprochen, dem Personal solle kein Haar gekrümmt werden. Es sei aber ganz anders gekommen. Die Reichsbahn sollte nicht große Verteidigungsartikel loslassen, sondern ihre Politik endgültig ändern. — Abg. Schay (Komm.) hält den anderen Parteien vor, daß sie an allem Schuld seien, weil sie das Reichsbahngesetz angenommen hätten. — Mi- nisterialdirektor Bogel bedauert die außerordentlich schweren Angriffe, die der kommunistische Vorredner auch gegen ebe- nfalls Beamte des Verkehrsministeriums gerichtet habe. — Abg. Schulz-Steglich (Dem.) betont, daß die Hoffnungen auf die Reichsbahn sich nicht erfüllt hätten. Bei der Reichsbahn sei der Bureaokrat zum Autokrat geworden.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Wp.) betont die einmütige Gal- tung des Ausschusses in diesen Fragen. Nicht der Verwal- tungsrat, sondern der Generaldirektor der Reichsbahn träge die Verantwortung. Die übermäßig hohen Bezüge der leitenden Beamten seien besonders bedenklich wegen ihrer pluck- losigen Wirkung auf die übrige Beamtenerschaft. Die Reichs- bahnbeamten dürften nicht als Beamte mildernden Rechtes be- handelt werden. Was die Politik des Abbaues der Reichsbahn betreffe, so müsse er mit Entschiedenheit die berechtigten An- sprüche der im Dienst befindlichen Beamten und der Arbeiter- kraft voranstellen. Einen übermäßigen Pensionetat zum Anlaß zu nehmen, weitere Beamte abzubauen, erscheine ihm als eine verfehlte Politik.

### Die Eisenbahnerklage gegen die Reichsbahn.

Berlin, 8. Februar. Die Funktionen des Einheits- verbandes der Eisenbahner haben heute vormittag beschloffen, beim Landgericht I Berlin eine Feststellungsklage über die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruches zu erheben.

Anwälten haben auch die reinen Beamtenorgani- sationen der Eisenbahner zu den sie besonders berührenden Fragen, nämlich einer Abänderung der Personalordnung, Stel- lung genommen, und es hat bereits eine Sitzung mit der Ver- waltung der Reichsbahn stattgefunden. Auch dieser Aussprache, die teilweise sehr scharf und erregt war, hat die Verwaltung zugesagt, daß sie bezüglich einiger umstrittener Punkte die Durchsichtung zunächst aussetzen will.

# Der Justizetat im Haushaltsauschuß.

## Die Reichshilfe für die Hochwassergebiete.

5 Millionen vom Haushaltsauschuß bewilligt.

Berlin, 8. Febr. Der Haushaltsauschuß des Reichstages nahm am Bericht des Abg. Wallraff (D.-L.) folgenden Antrag seines Unterausschusses über die Unterbringung und Abgeltung der Hochwasserschäden einstimmig an.

1. Die vom Reichstag in der Sitzung vom 14. Januar beschlossene Reichshilfe zur Unterbringung der dringlichsten Not der durch Hochwasser Geschädigten wird von 5 Millionen auf 5 Millionen Mark erhöht.

2. Die Reichsregierung wird ersucht, zur Unterbringung der Not der von der letzten Hochwasserkatastrophe im Reich, besonders im Stromgebiet des Rheins, betroffenen bedürftigen Personen darauf hinzuwirken, daß

a) die in dem Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 20. Januar vorgesehene steuerliche Erleichterungen soweit wie möglich und nötig auf das Gebiet der Hilfe ausgedehnt, in ihrer Gesamtheit allgemein bekanntgemacht und in beschleunigter und entgegenkommender Art durchgeführt werden.

b) bei der Veranlagung und Regelung der Steuern in den Ländern und Kommunalverbänden die vorstehenden unter 1. genannten Maßnahmen entsprechend Anwendung finden;

c) bei den von den Ländern zu ergreifenden Hilfsmaßnahmen neben der Verwendung von Vermitteln, die billige Beschaffung von Kohlen und Baustoffen, von Düngemitteln und Saatgut und der Erlass von Darlehen zur Beseitigung älterer Hochwasserschäden ins Auge gefaßt werden. Eine Beteiligung bei dem Unterhaltungsbedarf ist anzuregen. Bei der nötigen Instandsetzung an Dämmen, Stromwerken, Straßen usw. ist die produktive Arbeitslosenfürsorge heranzuziehen.

3. Die Reichsregierung wird ersucht, baldmöglichst einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die Ursachen der namentlich im Stromgebiet des Rheins sich häufenden Hochwasser zu untersuchen.

Dann wurde der Etat des Reichsjustizministeriums für 1928 beraten. — Reichsjustizminister Dr. Marx erwiderte auf Anfrage, eine Vorlage zur Reform des Strafrechts liegt vor. Im Juli, August oder September 1928 ist die Angelegenheit an den Reichstag gelangen und Ende 1928 an den Reichstag kommen. Ueber die Veränderung der Vorschriften über die Haft usw. schweben Verhandlungen. Eine Reform der Ehecheidung ist einstweilen nicht zu erwarten. Der Justizminister setzt dann die Rechtslage über die Anklagen auseinander und stellt Behauptungen über die Aufgaben der Regierung richtig. Im Falle Wandt habe das Reichsjustizministerium so schnell wie möglich gearbeitet. Am Sonnabend um 2 Uhr sei ihm die Entscheidung des Reichspräsidenten zugegangen und ohne Zögern sei sie nach Leipzig weitergegeben worden. Juristisch halte das Reichsjustizministerium übrigens das Reichsgerichtsurteil über Wandt für durchaus richtig. — Was die „Leberartikler der Gerichte gegen Rechtsanwältin“ betreffe, so sei in fast allen Fällen ein Eingreifen des Justizministeriums ausgeschlossen gewesen. Die Fälle unterlägen dem Ermessen des Gerichts und der Justiz. Die Frage der Sprecheraufnahme sei Sache der Länder. Eine Statistik über die in Haft befindlichen politischen Gefangenen sei recht schwierig, solange nicht hier der Begriff „politischer Gefangener“ definiert worden sei.

Abg. Dr. Rosenfeld beantragte die Erklärung des Justizministers als wenig reformfreundlich. Wandt sei in Berlin verhaftet worden, und man hätte daher nicht den Umweg über das Reichsgericht in Leipzig nehmen dürfen, um ihn freizulassen. Der Redner wolle dem Senat des Reichsgerichts, der das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Wandt zurückgewiesen habe, Rechenschaft ablegen. — Staatssekretär Noel erklärte, es sei nicht damit zu rechnen, daß der Entwurf des neuen Reichsstrafgesetzbuches früher als Anfang des nächsten Jahres an den Reichstag gelangen werde. Der Staatssekretär protestierte energisch gegen den Vorwurf der Rechtsbeugung gegenüber einem Senat des Reichsgerichts.

Abg. Emminger (D. V.) sprach sich u. a. gegen die sensationellen Presseberichte über schwebende Prozesse aus und reate den Entwurf einer gesetzlichen Bestimmung an, wonach die Presse erst nach Abschluß der Verhandlung des Urteils berichten dürfe. Auch beantragte er die Erstattung für die Kosten des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik um 200.000 Mk. zu bitten. — Auf eine Anfrage des Abg. Fried (D. V.) erwiderte Staatssekretär Noel, von Reich wegen seien überhaupt keine Verurteilungen wegen Sabotageakte im besetzten Gebiet erfolgt. Es sei vielmehr

maßlich, daß die Gerichte der Länder zu beratigen Verurteilungen „nicht“ seien, aber auch hier sei ihm kein Fall bekannt. Das Reich sei jedenfalls nicht unbedenklich.

Abg. Dr. Kohl (D. V.) würdigte die Bedenken des Reichsjustizministeriums bei der Abschließung eines neuen Strafrechtsgesetzes, wobei das Ministerium sich gegen jede Lieberklärung verweigere. Dennoch sei er der Ansicht, daß ein beschleunigtes Tempo wohl ohne Schaden für den Entwurf eingehalten werden könnte. Insbesondere möge der Reichsrat die Einholung seiner Informationen beschleunigen. Unter seinen Umständen aber dürfe dieses große Reformwerk auch nur einen Tag länger zurückgehalten werden als durchaus notwendig. Andernfalls kämen wir in die wenig erfreuliche Lage, große Teile der Reformen in der Zwischenzeit vornehmen zu müssen. Es sei und bleibe aber stets ein Unglück, wenn einer großen Reform eine größere Anzahl von Teilreformen vorangehe.

Mit aller Entschiedenheit wandte sich der Redner dann gegen die Forderung des Vorhabens der Deutschen Strafrechtsgesellschaft Deiter, der den alten theoretischen Schulrecht wieder ausarbeiten wolle und die Punkte der Strafrechtsreform von neuem revidieren möchte, die den Bedürfnissen der kriminalpolitischen Zweckmäßigkeit entsprechen sollen, wie die Einführung der Eshierung in das Strafrecht, die Freiheit des richterlichen Ermessens usw. Redner habe diesen ganzen Schulrecht seinerzeit begraben, in der Erkenntnis, daß für die praktische Gesetzgebung dieser Schulrecht gar keine Bedeutung habe. Nun wolle Deiter mit dieser längst begrabenen Frage der Strafrechtsschulen den neuen Strafrechtsentwurf aufsetzen. Das sei Theorie. Wir aber wollten das Leben. Aus diesem Grunde hält der Redner die von Deiter angestellte Grundrevidierung nicht nur für überflüssig, sondern auch für schädlich und rückwärts.

Bezüglich des Abzweckungsparagraphen sei im Haushaltsauschuß des Reichstages angeregt worden, daß dieser Paragraph einseitigen durch § 228 des neuen amtlichen Entwurfs ersetzt werden sollte. Er, Redner, werde als Vorsitzender des Haushaltsauschusses diese Sache in nächster Zeit auf die Tagesordnung setzen, so daß sie vermutlich bald zur Verabschiedung gelangen wird.

Bezüglich der Ehecheidung sei eine Reform in bescheidenem Umfange dringend nötig. Jedemfalls sei es ganz unmöglich, diese Frage im Haushaltsauschuß offenzulassen. Innerhalb dieses Gremiums müsse zunächst die Frage des Ehecheidungsgesetzes zum Ausdruck kommen.

Der Redner wandte sich eindringlich an die Mitglieder des Reichstages und betonte die ungemein starke Bewegung, die zum mindesten den Versuch einer Änderung des geltenden Ehegesetzes veranlasse. Diese Forderung sei innerlich berechtigt und es handle sich hier nicht um dogmatische Differenzen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) besprach gewisse Urteile deutscher Gerichte, die angeblich der deutschen Außenpolitik Schaden zugefügt hätten. Schließlich kritisierte der Redner den Ausschluß der Öffentlichkeit bei dem Berliner

Memorandum-Prozess.

Was die Beurteilung der deutschen Kriegsverbrecher betreffe, so sei er der Ansicht, daß, wenn im Kriege von deutscher Seite Verbrechen geschehen seien sollten, die Urheber dieser Verbrechen auch auf schwerste bestraft werden sollten. Als von andern Ausschlußmitgliedern dem demokratischen Redner zugerufen wurde, daß ja in Frankreich und Belgien niemand daran denke, etwaige Kriegsverbrecher aus den Reihen der eigenen Landesknechte zu bestrafen, erklärte er, er sehe keinen Grund, warum nicht unsere Kriegsverbrecher bestraft werden sollten. — Abg. Landberg (Soz.) führte aus, auch seine Freunde seien für die Beilegung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik, aber für Beibehaltung der materiellen Bestimmungen zum Schutze der Republik bis zur Verabschiedung des neuen Strafrechtsgesetzes.

Staatssekretär Noel teilte noch mit, daß ein Gesetzentwurf zur Überarbeitung der Gerichtsstellen und Anwaltsgebühren dem Reichsjustizministerium vorgelegt und in Kürze dem Reichskabinett zugeleitet würde. Auf die Forderung, daß vor Anberaumung von Terminen erst die Gebühren bezahlt werden müßten, werde man nicht verzichten können. — Abg. Dr. Vohmann beschäftigte sich u. a. mit der Fassung des Entwurfs zu dem früheren Paragraphen 175 des StGB. Er und seine politischen Freunde widersetzten sich der Beseitigung des § 175 auf nachdrücklichste. Uebrigens seien in letzter Zeit auch aus dem Kreis der Frauen u. a. Anregungen und Wünsche ergangen, die diesen Paragraphen auch auf die Frauen ausdehnen wollten. Jedemfalls sei es der Erwägung wert, in eine Nachprüfung dieser Wünsche einzutreten. Der Ausschluß vertagte sich dann auf Dienstag.

# Zum 80. Geburtstag des Prinzen Leopold von Bayern.

1848 — 9. Februar — 1928.

In bewundernswürdiger Mäßigkeit vollendet am 9. Februar in München Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern sein 80. Lebensjahr. Als der zweite Sohn des damaligen Prinzen, späteren Prinzregenten, Luiswold in München geboren, wurde der Prinz schon mit zwölf Jahren zum Unterleutnant im 6. Jägerbataillon ernannt und trat vom Dezember 1861 ab bei diesem Bataillon Dienst. Im Jahre 1864 trat er als Oberleutnant zur Kavallerie, der Reiblingswaffe des bayerischen Könighaus, über und nahm im 8. Feldartillerieregiment „Königin-Mutter“ am Kriege 1866 teil. Für sein Verhalten in dem Gefecht bei Riffingen wurde er mit dem Ritterkreuz II. Klasse des bayerischen Militär-Verdienst-Ordens ausgezeichnet. Im folgenden Jahre zum Hauptmann befördert, rückte er an der Spitze seiner Batterie im Juli 1870 ins Feld. Sein Ehrentag war das Gefecht bei Mellepion am 1. Dezember 1870, wo der Prinz, von einer Kompanie des Leibinfanterieregiments unterstützt, den Angriff von zwei französischen Brigaden abwehrte. Zwei Geschütze wurden außer Gefecht gesetzt, der Prinz selbst verwundet, aber durch sein aähes Ausdauern ermöglichte er den geordneten Rückzug seiner Kameraden vor der großen Uebermacht. Das Eisenerz-Kreuz I. Klasse und das Ritterkreuz des bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens waren der wohlverdiente Lohn für die tapfere Tat.

Nach dem Kriege übernahm der Prinz die Führung des 1. Kürassiers, späteren 1. Schwärmer-Regiments, war dann Kommandeur der 1. Kavallerie-Brigade und der 1. Division, um im Jahre 1887 als General der Kavallerie Kommandierender General des 1. Armeekorps zu werden. — Im Jahre später wurde er zum General-Inspekteur der 4. Armee-Inspektion ernannt, zu der außer dem bayerischen Heere auch das preussische 3. und 4. Armeekorps gehörten. Im Jahre 1890 rückte der Prinz zum Generaloberst, 1905 zum Generalfeldmarschall auf. Nach über zwanzigjähriger Tätigkeit als Generalinspekteur schied er im Frühjahr 1913 auf eigenen Wunsch aus seiner Stellung aus und wurde gleichzeitig zum Chef des Infanterieregiments Nr. 52 ernannt. Seit dem Jahre 1884 war er bereits Chef der 7. Tragnone.

Im Weltkrieg hatte der Prinz zunächst sein Kommando. Im Frühjahr 1915 wurde er an Stelle des mit dem Befehl über die neu gebildete 11. Armee betrauten Generalobersten von Radens zum Oberbefehlshaber der 9. Armee ernannt, die damals in Stellungen an der Baura und Kawta in Polen lag und Ende Juli 1915 den Vormarsch gegen Osten antrat. Am 5. August konnte der Prinz an der Spitze seiner Armee in Warschau einziehen; ohne langen Aufenthalt ging dann die Verfolgung weiter bis zur Kleinen Weresina. Für diese entscheidenden Erfolge seiner Armee wurde der Prinz auch zum preussischen Feldmarschall befördert und erhielt außer dem Orden Pour le mérite auch das Großkreuz des bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens. Bei dem im Herbst 1915 einsetzenden Stellungskriege führte der Prinz die nach ihm benannte Heeresgruppe in der Mitte der deutschen Ostfront und wurde im August 1916, als Generalfeldmarschall von Hindenburg Chef des Generalstabes des Heeres ernannt, zum Oberbefehlshaber im Osten ernannt. Im November 1918 legte er den Oberbefehl nieder und nahm später seinen händigen Wohnsitz in München.

Wegen dem hochverdienenden Generalfeldmarschall, der sich weit über die Grenzen Bayerns hinaus der besonderen Liebe und Hochachtung seiner alten Soldaten erfreut, noch viele Jahre in der bisherigen Mäßigkeit beschlossen sein.

**Die Tochter Bismarcks gestorben.**  
Riel, 8. Febr. Gräfin Maria Nauya, die einzige Tochter des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, ist im Alter von 77 Jahren auf ihrem Gut Döberdorf bei Riel gestorben. (W. T. B.)

# Die französische Inflation geht weiter.

Paris, 8. Febr. Zu Beginn der heutigen Kammer-sitzung, in der über die Finanzgesetze weiterberaten wurde, brachte der Abgeordnete Malvy eine Zeitungsmeldung zur Sprache, nach der die Bank von Frankreich erklärt habe, sie müsse am 10. März zu einer neuen Inflation zuschreiten. Es sei sehr bedauerlich, daß derartige Nachrichten veröffentlicht würden, da sie nur die öffentliche Meinung beunruhigten. Der Abgeordnete Landry wies darauf hin, daß der Frankan an der heutigen Börse gefallen sei und daß das möglicherweise auf die von Malvy erwähnte Zeitungsmeldung zurückzuführen sei. Finanzminister Doumer antwortete, die Befürchtung einer neuen unmittelbaren oder demnächstigen Krise sei grundlos. Wenn die Kammer ihm die Mittel gebe, das Budget auszugleichen und das unbedingte Vertrauen wiederherzustellen, werde er in der Lage sein, der Krise zu begegnen, auf die er seine ganze Aufmerksamkeit richte. (W. T. B.)

Paris, 8. Februar. Die „Ubersitz“ glaubt zu wissen, daß französische Reedereien Anträge zum Bau von Schiffen nach Deutschland gegeben haben, die als Naturalleistungen ausgeführt werden. Die französische Regierung habe den betreffenden Reedereien große Zahlungsverleiderungen in Aussicht gestellt. Das Blatt protestiert gegen die Vergebung der Aufträge nach Deutschland unter Hinweis darauf, daß im französischen Schiffsbau große Arbeitslosigkeit herrsche. (Z. U.)

# Ubel über Luftfahrprobleme.

Paris, 7. Febr. Das „Petit Journal“ veröffentlicht ein langes Interview mit dem zurzeit zu Studienzwecken in Paris weilenden deutschen Flieger Udet. Das Blatt bezeichnet ihn als einen der trefflichsten deutschen Kampfflieger und sprach sich außerordentlich lobend über sein ritterliches Verhalten während des Krieges aus, was von allen Ueberlebenden der von ihm zur Strecke gebrachten französischen Flugzeuge anerkannt werde. Deutschland glaube, daß man weder in Deutschland noch in Frankreich etwas von den riesigen Entwicklungsmöglichkeiten des Handflugsverkehrs ahne. Das Flugweien müsse jedoch international ausgestaltet und eine Verständigung zwischen den verschiedenen Nationen erzielt werden. Der Luftverkehr könne viel zur Vermittlung der Völkerverbrüderung beitragen. Zu dem Flug des Spaniers Franco nach Südamerika gibt Udet der Ansicht Ausdruck, daß der transatlantische Verkehr praktisch erst dann durchgeführt werden könne, wenn im Ozean schwimmende mit Fluggruppen und Werftstätten ausgestattete künstliche Inseln in gewisser Entfernung voneinander errichtet würden. Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung sei jedoch, daß alle Städte Flugplätze anleiten, was mit geringen Kosten zu erreichen sei. Ueber seine Meinung hinsichtlich des Abens der Fallstricke befragt, erklärte Udet, daß er diesem zweimal im Kriege seine Rettung zu verdanken gehabt habe.

# Schwere Kämpfe an der türkisch-syrischen Grenze.

London, 8. Febr. Wie aus Aleppo gemeldet wird, befindet sich an der türkisch-syrischen Grenze eine französische Abteilung in erbittertem Kampfe mit arabischen Aufständischen, die sich auf türkischem Gebiete gesammelt hatten. Der Kampf dauert noch an.

# Bethlen und der Frankenfälschungs-Scandal.

## Bethlens Stellung erschüttert?

Budapest, 8. Febr. Graf Emerich Karolyi, dessen jüngste Tochter mit dem Sohne des Reichsverweisers verlobt ist, hat am Sonnabend in einem aufsehenerregenden Artikel im „Pester Lloyd“ den Rücktritt des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen wegen der Frankenfälschungsaffäre gefordert. Graf Bethlen antwortete heute im „Pester Lloyd“ auf die Angriffe Karolyis. Den Artikel habe zwar Graf Karolyi geschrieben, allein in den von ihm entwickelten Ansichten sei die politische Lenkung und die Advokatenabulistik des Hauptkulturschreibers der Linkspartei Wilhelm Wacsonyi zu erkennen.

Graf Bethlen weist namentlich die Beschuldigung zurück, daß er einerseits die deutschen Zusammenhänge hinter einer spanischen Wand versteckt habe, andererseits die französischen Organe vom Erhebungsverfahren auszuschalten geachtet hätte. Keine dieser Behauptungen entspreche den Tatsachen. Alles, was er in dieser Beziehung wisse, bestrebe darin, daß irgendein geheimnisvoller Mann, angeblich deutschen oder russischen Ursprungs, namens Schulze gesucht wird. In welchem Zusammenhang dies aber mit der Sache steht, sei ihm unbekannt, wie dies bisher auch weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft, noch auch die französischen Organe zu ermitteln vermocht hätten.

Der Aufklärung dieser Zusammenhänge habe weder er noch irgendein anderer Hindernisse in den Weg gelegt. Er ahne jedoch, woher Graf Karolyi seine Beschuldigungen schöpfe, nämlich aus einer Unterredung, die zwischen ihm (Bethlen) und führenden oppositionellen Männern stattfand und in deren Verlauf er auf die Anstrengungen einzeln, insbesondere aber eines Teiles der französischen Presse, hinwies, die darauf abzielten, Zusammenhänge zwischen Frankenfälschung und rechtsstehenden deutschen Politikern und deutschen Militärs im voraus zu konstruieren. Er habe zur Vorsicht gemacht, da die Unterredung diese Beziehungen bisher nicht bewiesen habe und da deren leichtfertige Betonung Ungarn ohne Grund in eine unangenehme Lage Doreichland gegenüber bringen könne. Nach Widerlegung der sonstigen Ausführungen Karolyis schließt Graf Bethlen: Den Kampf nehme ich auf. Wenn ich das Bewußtsein haben werde, dem Lande dadurch zu schaden, daß ich auf meinem Platze bleibe, werde ich mich sofort zurückziehen. Durch fünf Jahre habe ich mich ehrlich und selbstlos um die Wiederaufrichtung des Landes bemüht; eine Dornenkrone war mein einziger Lohn dafür.

## Der innerösterreichische Preis für die Anerkennung Rußlands.

Prag, 8. Febr. Wie verlautet, hat Beneß die Einwilligung der tschechischen Nationaldemokratischen Partei in die Anerkennung Rußlands, die sich als einzige Koalitions-

partei bisher gegen die Anerkennung Kräubie, durch die von dieser Partei geforderte, gegen die Deutschen gerichtete Sprachenverordnung erkaufte.

# Carols Thronverzicht widerrufen?

Belgrad, 8. Februar. Aus Bukarest treffen hier ansehliche Nachrichten ein, nach denen der frühere Thronfolger Carol seinen Thronverzicht widerrufen habe. Wie es heißt, sind zwei Sonderdelegierte aus Mailand, die eine entsprechende schriftliche Erklärung des Prinzen dem König überbrachten, in Bukarest eingetroffen. Carol soll ferner versprochen haben, jeden politischen Kampf auf der Seite der Oppositionsparteien gegen den Ministerpräsidenten Bratianu aufzugeben.

# Ein neuer russischer Vorschlag an die Schweiz.

Moskau, 8. Febr. In dem russisch-schweizerischen Konflikt ist eine plötzliche Wendung eingetreten. Die Sowjetregierung hat durch die französische Regierung dem Schweizer Bundesrat einen neuen Vorschlag machen lassen. Dieser Vorschlag ist unter dem Einfluß des französischen Botschafters in Moskau ausgearbeitet worden. Er soll folgende Punkte enthalten:

1. Die schweizerische Regierung wiederholt ihre Entschuldigung gegenüber der Sowjetregierung wegen des Vorfalls mit Worowilf.

2. Diese Entschuldigung soll in der Form einer diplomatischen Note übermittelte werden. Außerdem sollen gegenseitige Besuche zwischen dem russischen Botschafter und dem schweizerischen Botschafter in Paris stattfinden.

3. Wegen der Verabredung der Schweizer Botschaft in Petersburg im Jahre 1917 verpflichtet sich die Sowjetregierung, eine Untersuchung einzuleiten, die Schuldigen zu bestrafen und den Schaden, den die Schweizer Regierung erlitten hat, zu ersetzen. Dagegen lehnt die Sowjetregierung jede andere Forderung der Schweizer Bürger an die Sowjetregierung ab. (Z. U.)

## Rußlands Vertreter auf der Abrüstungskonferenz

Moskau, 8. Febr. Die Vorbereitungen Rußlands zu der Abrüstungskonferenz sind fast beendet. Die Sowjetregierung wird bei der Entwaffnungskonferenz durch Pletwinow, den Marineattaché bei der Londoner Botschaft, Admiral Behrens, und dem Generalinspekteur der russischen Armee, Komarow, vertreten sein. (Z. U.)

Paris, 8. Febr. Nach einer Meldung aus Chartum ist eine Aufstandsbewegung im Sudan durch englische Truppen und Flugzeuge unterdrückt worden. Die Führer der Aufstandsbewegung wurden verhaftet. (Z. U.)

**Zur Frühjahrskur**  
der gute **Vitanova-Tee**  
Ehältlich in allen Apotheken  
Hersteller: Hof-Apothek, Dresden, am Georgentor,  
Versand nach auswärt.



Ein offenes Wort!

Von Superintendent D. Dr. R. S. S. S.

Einmütig haben sich die evangelischen Kirchen-

gemeinden in der Eparchie Dresden I beschlo-

sen, dass die Kirchensteuer, die seit 1925

erhöht wurde, im Hinblick auf die gegen-

wärtigen Verhältnisse, die die Kirchen-

steuererhebung für die Gemeinden zu

schweren Lasten und zu erheblichen

Schwierigkeiten für die Gemeinden

verursacht, die Kirchensteuer für die

Berufsaufklärung für Abiturienten.

Der zweite berufsaufklärende Vortragabend,

den die Berufsberatung Dresden in Verbin-

dung mit der Berufsberatung Dresden in

Verbindung mit der Berufsberatung

Dr. Ing. E. Högg von der Technischen

Hochschule Dresden, der Direktor des

Instituts für Betriebswissenschaften an

der Technischen Hochschule, der

Lehrer der Maschinenbauabteilung

Prof. Dr. Ing. E. Högg, der Direktor

zum Verständnis der Konstruktionen

notwendig, außerdem wird sie als

berufsaufklärende Maßregel schon durch

die Abiturienten in enger Beziehung

der Berufsberatung Dresden in Verbin-

zung mit der Berufsberatung Dresden

in Verbindung mit der Berufsberatung

Dr. Ing. E. Högg von der Technischen

Hochschule Dresden, der Direktor des

Instituts für Betriebswissenschaften

an der Technischen Hochschule, der

Die Ver-

Die Ver-

Ich bin damit schon beim letzten. Ich darf auch



Ich bin damit schon beim letzten. Ich darf auch

Ich bin damit schon beim letzten. Ich darf auch

Die Hausbeamtenlehre, eine neue Schulgattung für Dresden.

Au Eltern erhält Dresden eine neue Schulgattung in der Hausbeamtenlehre, die von Fräulein Dr. Spinner auf dem Weichen Dirsch, Baugner Straße 47, eröffnet wird.

Die Hausbeamtenlehre hat das Ziel, junger Mädchen durch eine gründliche und vielseitige Ausbildung zur wirtschaftlichen Leitung von Familienhaushalten, wie auch von größeren Betrieben (Kinderheimen, Sanatorien, Erziehungsanstalten) zu befähigen.

Die Berufsbezeichnung „Hausbeamtin“ gewährt dem Arbeitgeber vielseitiges praktisches Können und eine gute Allgemeinbildung der Lehlerin, und verleiht der Hausbeamtin selbst eine achtbare gesellschaftliche Stellung.

Um eine Verbindung mit Ausländern zu ermöglichen, was in Sanatorien oder Fremdenheimen gefordert werden dürfte, wird eine Fremdsprache, das Englische, gelehrt.

Der Unterricht in Erziehungswissenschaften, Gesundheitslehre, Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre, hauswirtschaftlicher Buchführung und Rechnen bereitet die Schülerinnen auf die verschiedenen beruflichen Pflichten vor.

Und nun der hauswirtschaftliche Unterricht selbst. In der großen Küche werden die Schülerinnen kochen, baden, einmachen, die Geschäfte verrichten, die sie dann selbst servieren und verspeisen.

Bei der Uebermittlung von Wissen und Können werden die Lehrkräfte der Hausbeamtinnenlehre befreit sein, den Charakter der Schülerinnen zu bilden, und Liebe zu Ordnung und Sauberkeit, Verantwortlichkeitsgefühl und Befriedigung am Sorgen für andere in den jungen Mädchen zu wecken.

Bei der Uebermittlung von Wissen und Können werden die Lehrkräfte der Hausbeamtinnenlehre befreit sein, den Charakter der Schülerinnen zu bilden, und Liebe zu Ordnung und Sauberkeit, Verantwortlichkeitsgefühl und Befriedigung am Sorgen für andere in den jungen Mädchen zu wecken.

Stiftungsfest der Turnerschaft „Germania“.

Vom 6. bis 7. Februar jährte sich zum 20. Male die Gründung der akademischen Turnerschaft „Germania“.

An drei Abenden traten die Turner an. Der Turnwart Baane hielt eine kurze, markante Begrüßungsansprache, in der er den Leitenden der Turnerschaft „Germania“ dankte.

Am Abend fand im Johannisstübchen, Johann-Georgen-Allee, der Festkommers statt. Der erste Charaktere Koberer hielt die Begrüßungsansprache.

Der zweite Charaktere sprach auf die Alten Herren und betonte das unerlöschliche Vertrauen, das in der Turnerschaft Aktivs und Alte Herren von jeher verbunden habe.

Der dritte Charaktere sprach auf die Jungen Herren und betonte die Verantwortung der Turnerschaft für die Zukunft der Turnerschaft.

Der vierte Charaktere sprach auf die Turnerschaft als Ganzes und betonte die Bedeutung der Turnerschaft für die Jugend.

Vertrag bezugnehmend. Am Schluß werden allerlei gefällige Fragen beantwortet. Eintritt frei.

Der Verein veranstaltet durch die Inflationsverhältnisse geplannte Haus- und Grundbesitzer in Dresden gibt im Ansehung der neuen Verhältnisse noch dringend bekannt.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

Die Inflation hat die Preise aller Waren und Dienstleistungen in hohem Maße erhöht.

deutsche Buchkunst, die Reproduktionstechnik und die wissenschaftliche deutsche Arbeit ausdrücken.

Münchener Bilderbogen.

Die Reproduktionstechnik und die wissenschaftliche deutsche Arbeit ausdrücken.

Die Reproduktionstechnik und die wissenschaftliche deutsche Arbeit ausdrücken.

allein blieben übrig, und es machte natürlich immer große Kosten, sie auf neuen Krügen anbringen zu lassen.

Als im Weltkrieg das Bier selten wurde, verschwanden leider auch die „Ruds“, und seitdem gibt es keine mehr.

Der Wunsch vieler Tausender erfüllt! Der Wunsch nämlich, sein Bier wieder gemütlich trinken zu können.

Spezial ist nämlich die geniale und bedeutende Erfindung des Jahrhundertis: der abnehmbare und mit einem Griff wieder zu befestigende Bierdeckel.

Ronald Dreher hat diesen Spielbügertyp feingezelt unerschrocken darzustellen gewagt in Ludwig Thomas

(anonym erschienenem) Schwanz „Der alte Reinhold“, Da zeichnete er auf föhliche den Münchener Dreierquartierprivatier, der über der Frage, ob er sich zu Mittag Bierbrot oder Leberwurst befehlen soll, in die stärksten Seelenkämpfe gerät.

Der alte Konrad Dreher ist ja auch wiedergekommen. Auf Einladung der Generalintendanten der Staatstheater spielt er den Koko in Sullivan's „Mikado“.

Unser freiwillig komische Dinge geschehen freilich genug, wie das folgende wahre Beispielschen beweisen mag.

Der alte Konrad Dreher ist ja auch wiedergekommen. Auf Einladung der Generalintendanten der Staatstheater spielt er den Koko in Sullivan's „Mikado“.

Unser freiwillig komische Dinge geschehen freilich genug, wie das folgende wahre Beispielschen beweisen mag.

Unser freiwillig komische Dinge geschehen freilich genug, wie das folgende wahre Beispielschen beweisen mag.

Was bringen die Autos?

Capitol (Prager Straße 21). Das vornehme neue Schauspielhaus der Prager Straße hat seit gestern eine lebendige Kindertragödie auf dem Spielplan: „Die aus erster Ehe“.

Englische Gartenstadlanlagen.

Am Sonntag fand in Meissen eine Versammlung des Kreises Dresden der sächsischen gemeinnützigen Baugenossenschaften statt.

In England fand die Gartenstadtbewegung, die etwa 1000 einsetzte, erhebliche Fortschritte als in Deutschland. Das Einfamilienhaus ist in England die allgemine übliche Wohnform.

Unter Gartenstädten versteht man planmäßig angelegte Siedlungen auf wohlfeilem Gelände, das dauernd im Eigentum einer Gemeindefirma erhalten wird.

Der Vortragsabend der Architekten Barter und Unwin in Meissen am 2. Februar sprach über die Baugeschichte der Gartenstädte in England.

Der Vortragsabend der Architekten Barter und Unwin in Meissen am 2. Februar sprach über die Baugeschichte der Gartenstädte in England.

Der Vortragsabend der Architekten Barter und Unwin in Meissen am 2. Februar sprach über die Baugeschichte der Gartenstädte in England.

Die Düngemittel sind mit Stickstoff allein nicht zu ersetzen. Hierzu gehören fähliche Düngemittel in Form von Kalk, Thomasmehl, Kalk usw.

Vereine und Veranstaltungen.

- Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten. Heute Abend, Vorbereitungen zum Elternabend.
Seltene Dresden des D. u. O. Alpenvereins.
Kampagne-Vereinigung 4./108. Mittwoch 8 Uhr: Monatsversammlung im Jüngerklub.

Kleine kirchliche Nachrichten.

Kranenverein der Christengemeinde. Heute 8 Uhr im Saal der Christuskirche Vortragsabend.

Freiberg. (Bauprogramm für 1926.) In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Stadtvordereiten-Kollegium eingehend mit dem neuen Wohnungsbauprogramm für 1926.

Freiberg. (Bauprogramm für 1926.) In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Stadtvordereiten-Kollegium eingehend mit dem neuen Wohnungsbauprogramm für 1926.

Freiberg. (Bauprogramm für 1926.) In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Stadtvordereiten-Kollegium eingehend mit dem neuen Wohnungsbauprogramm für 1926.

Freiberg. (Bauprogramm für 1926.) In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Stadtvordereiten-Kollegium eingehend mit dem neuen Wohnungsbauprogramm für 1926.

brunn aufgefunden worden. Wenn Unrecht nach ihm das Kind ermordet worden. Ob ein Stillschleichenverbrechen an dem Kinde verübt worden ist, wird die Section erheben.

— Ramens. (Meinere Jubiläum.) Am Dienstag, dem 9. Februar begeht der Weib- und Sämtlicherberbermeister Friedrich Eduard Richard Riedlich hierseits sein 40jähriges Meisterjubiläum als Meister und Innungsmitglied der hiesigen Weib- und Sämtlicherberber-Innung.

— Röhren. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer letzten Sitzung 10000 M. für Naturalien zur Befreiung an Erwerbslose und Bedürftige und genehmigten ferner den sofortigen Bau eines fünfstöckigen Wohnhauses mit 200 Wohnzimmern sowie eine Anzahl von Notstandsarbeiten.

Rundfunkprogramme.

Dienstag, den 9. Februar 1926. Mitteldeutscher Sender. Dresden-Leipzig.

- 10 Uhr: Weibschichtnachrichten: Holz- und Baumwollpreise.
11,30 Uhr: da: Devillen, Baumwolle, Landwirtschaft.
11,45 Uhr: da: Weibschichtnachrichten: Weibschichtnachrichten.
12,15 Uhr: da: Weibschichtnachrichten: Weibschichtnachrichten.

Berliner Sender.

- 4,30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Berliner Kunst-Kapelle.
6,45 Uhr: Stunde mit Bäckern.
7,15 Uhr: Englisch (H. Dehman) Sender, Direktor an der Universität Berlin.

Amliche Bekannmachungen.

Es sollen vergeben werden: 1. Dachdeckerarbeiten (sogen. holländische Pfannen) für den zweiten Erweiterungsbau des Bürgerheims.
2. Schindeldachdeckerarbeiten für Musikhalle und Verkaufshäuschen an dem Kurplatz Weiher Orla.

Tosca Parfüm · Seife · Puder · Lotion · Brillantine. Wie ein duftgeborenes Märchenwunder empfindet die Dame den Zauber der „4711“ Tosca-Kleinodien.











Familiennachrichten

Am 7. Februar 1926 entschlief sanft im 82. Lebensjahre mein lieber Mann, unser geliebter Vater, Bruder und Großvater, der

Kgl. Sächs. Oberstleutnant a. D. Herr Friedrich Rön Oberon von Grönewald Ritter m. O.

Isidore von Grönewald geb. Thost Gabriele Tscharmann geb. von Grönewald Wulfrild von Grönewald Heribert von Grönewald, Major a. D. Roderich von Grönewald, Hauptm. a. D. Friedrich Tscharmann, Oberstlt. a. D. Hildegard von Grönewald geb. Hache Martha von Grönewald geb. von Grönewald.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 11. Februar, 2,30 Uhr nachm. auf dem Garnisonfriedhofe in Dresden-Albertstadt.

Ein treues Mutterherz schlägt nicht mehr.

Am 6. Februar verschied plötzlich und unerwartet meine liebe, unerblickliche Frau, unsere treuherzige, herzengute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Pauline Heimhold geb. Binder.

In tiefer Trauer

Dresden, Oberpostsekretär i. R. Gustav Heimhold und Kinder.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen erfolgt Mittwoch den 10. Febr. nachmittags 3 Uhr von der Halle des Pfälzer Friedhofes aus.

Statt Karten!

Heute nachm. 3 Uhr verschied still und sanft nach schaffensreichem Leben im 73. Lebensjahre meine gute, liebe, schaffensfreudige Frau, unsere liebe, treuherzige Mutter, Schwieger-, Groß-, Urgroßmutter und Tante

Frau Marie Pauline Eiselt geb. Herrnsdorf in Zöllmen.

Der tieftrauernde Gatte

Zöllmen, Penrich, Seifersdorf, am 7. Febr. 1926. Theodor Clemens Eiselt nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 1/3 Uhr vom Trauerhause in Zöllmen aus auf dem Friedhof in Kesselsdorf statt.

Statt Karten.

Durch die vielen Beweise inniger Teilnahme und Verehrungen beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen

Frau Caroline Lessig

Ist es uns nur hierdurch möglich, unsern tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Radebeul, den 6. Februar 1926.

Im Namen der Hinterbliebenen Rechnungsrat Wilh. Lessig Oberzahlmeister a. D.

Ihre am 8. Februar stattgefunden

Vermählung

geben nur hierdurch bekannt

Arno Friedrich

und Frau Emma verw. Bauer geb. Forks

DRESDEN, Annenstr. 23

Sächsische Familiennachrichten.

Gestorben: Karl Lewinger, Dresden, L.; Ing. Josef Völk, Dresden, L.

Verstorb: Eleonore Langhammer mit Gerhard Wagner, Dresden; Gertrud Oelshermann mit Johannes Sommer, Oelsdenau; Adele Schölla mit Herbert Behel, Pirna; Gertrud Krump mit Albert Endler, Hoyers; Cecil Fried mit Rudolph Vietz, Bittau.

Vermählt: Ernst Hermann Anton mit Elise geb. Gröber, Königshein.

Gestorben: Alexander von Sain, Emilie Thelma Bellermann, Gottfried Tautler, Hugo Meunier, Max Bergmann, Max Rühl, Maria Thielemann, Carl August Holz, Paul Henfer, Max Schwarz, Carl August Richter, Minna verw. Renner, Ulrike verw. Koch, Meta Anna Büchner, Minna Antermann, Marie Elisabeth Höpke, Emilie in Dresden; Volkmar Genysch, Dr. Landgraf; Antonie Arnold in Dresden; Volkmar Genysch, Dr. Landgraf; Antonie Arnold; und Paul Renner, Radebeul; Ulrike verw. Schumacher, Oesterwitz; und Paul Renner, Radebeul; Marie Hermann, P. verw. Gertrud; und Peter Trobels, Weigen; Oscar Alfred Edzards, Prieitz; Carl Damsch, Witten; Christian August Bruno Arepshorn, Witten.

Ärztliche Personalnachrichten

Sanitätsrat Dr. Buschbeck zurückgekehrt.

Lichtbilder-Vortrag

für Katzenfreunde und Züchter

Morgen Mittwoch abends 1/3 Uhr



In den Stammsälen, Blumenstraße 41. Referenten: Herr Alex. H. Müllers über „Die Katzenrasen“, Herr von Wegler-Oschlisch über „Judische Rassen“, Herr Dr. Menge über „Die Katzenrasen der Araber“. Die hochinteressanten Vorträge sind durch gute Lichtbilder reich illustriert. Eintritt frei.

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Am See 26 Bautzner Straße 37

Tel. 20157, 20158, 28549 Tel. 25091

Erd- u. Feuerbestattungen Ueberführungen

von und nach auswärts. Neuzählige Autos auch mit Personen-Abteil. Großes Sarg- und Urnenlager. Besorgung der Bezirksheimbürgin sowie Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich. Annahmestelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungs-Vereins.



Zu Haustrinkuren

bei Niere, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, sowie bei Magen- und Frauenleiden. Man befrage den Hausarzt. Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken, Drogerien usw. Brunnenschriften durch das Fachinger-Zentral-Bureau, Berlin W 66, Wilhelmstraße 55.

Seldenhause

Carl Schneider

Dresden

8 Altmarkt 8



Jetzt

10% Rabatt

auf alle Waren

Kostenloser Wohnungstausch!



Handrack Dresden, Stephanienplatz 4 Fernspr. 32016 • Filiale: Dr.-KlZschachwitz-MOBELTRANSPORT, SPEDITION • LAGERUNG



„Mitti, kauf' mir Maltzoll!“

Die wirksamste vitaminreiche Lebertran-Kraftnahrung!

Fördert die Gesundheit und Widerstandskraft der Kinder in jedem Alter und wirkt selbst bei Widerwillen gegen Lebertran, gern genommen. Druckstellen in Apotheken und Drogerien.

Die größte Auswahl von neuen und gebrauchten

Maskenkostümen

finden Sie bei der seit 1899 bestehenden, bestrenommierten Firma Dresdner Theater- und Kostüm-Atelier „Thespis“ Math. Klemich

Inh. Bodo Quasdorf

Tel. 13231

Dresden, Moritzstr. 1b, 2.

im Hause des Löwenbräu

Leihweise Verkauf Anfertigung

Größte Sauberkeit

Billigste Preise Neueste Modelle

Überzeugen Sie sich durch Besichtigung unseres Lagers von unserer Leistungsfähigkeit



Leibbinden für Damen und Herren, Gummistrümpfe, elastische Binden, Hautana und sämtliche Artikel zur Gesundheitspflege.

Knoke & Dreßler,

König-Johann-Straße, Ecke Pirnaischer Platz.

Spitzen-Müller

Frauenkirche Nr. 1

Ein Posten

Handfilet-Stores

weit unter Preis

Wolken-Stores in jeder Größe werden zu billigen Preisen sofort angefertigt.

Infolge Auflösung alle Arten Wollwaren

wie Westen, Jacken, Umhangsüberer Kinderkleider, Babyachen usw. weit unter Preis.

Textil-Kunst A.-G. i. Lqu., Bismarckplatz 1.

Ein Hochgenuß

Sahne und Kuh!

Schokoladen-Serings

Sanuja-Schokolade

100 Gramm 55 Pfg.

Gaartartoffeln

vom Sandboden

Madame Andriette 2. Stk. à 30. 2.00  
Edwina Odenwälder Blau 2. Stk. à 30. 2.10  
Hilfers Fürstentum 1. Stk. à 30. 2.50  
Hilfers Rosent. 1. Stk. à 30. 2.50  
Hilferskorn II. Stk. à 30. 2.00

anbei zu beliebiger Verbindung bei großem Bedarf nur in Mengenabnahme. Liefer Antikrone, die hier vorzüglich als frühe Sorten im Sommer werden, sind alle Sorten anstehend. Fracht bis Dresden 1/30 Pfg. Bedingung: Abnahme hier gegen Kasse. Langhennersdorf ist Bahnstation an der Linie Golbus-Bahren-Benitzsch.

von Eydowische Gutsverwaltung Langhennersdorf (Neumark).

Starkes Pferd, Tafelwagen,

10/12 Stk. Tragkraft, verkauft preiswert. R. Schubert, Bohna, Borsigstraße 1.

Planinos

Neu und gebrauchte durch vertrieben im Fach-Handelgeschäft A. Ulrich Nicolaifstraße 2, 1.





